



Presseinformation

Nr. 036/2003

Kiel, Montag, 26. Januar 2004

Krankenkassen/AOK/Rechtsaufsicht

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

Heiner Garg: Fadenscheinige Erklärungen des Sozialministeriums in Sachen AOK

- Fragebedarf nimmt mit jedem Tag zu -

Zur heutigen Erklärung des Sozialministeriums im Zusammenhang mit den Vorkommnissen bei der AOK Schleswig-Holstein (Sozialministerium zur Erklärung von MdL Werner Kalinka) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Mit jedem Tag und mit jeder Erklärung des Sozialministeriums nimmt der Fragebedarf zu. Wenn denn die Erklärung der Rechtsaufsicht stimmt, (Zitat aus der Pressemitteilung: *„Die unmittelbar Verantwortlichen in der AOK allerdings wurden bereits nach der ersten Darlehensvergabe mit unmissverständlicher Tendenz von der negativen Bewertung einer solchen Darlehensvergabe in Kenntnis gesetzt“*), dann stellt sich allerdings die Frage, wie es zu den weiteren Darlehensverträgen überhaupt kommen konnte?“

Die *unmissverständliche Tendenz* und die *negative Bewertung* über die das Sozialministerium die AOK informiert haben will, hätten nach den einschlägigen §§ 88 (*Prüfung und Unterrichtung*) und 89 (*Aufsichtsmittel*) SGB IV möglicherweise dazu führen müssen, dass das erste Darlehen zurückgefordert und alle weiteren Darlehen unterblieben wären. Statt dessen ist nichts davon passiert“, stellte Garg heute in Kiel fest.

„Lediglich auf den *Umfang der Aufsicht* (§ 87 SGB IV) zu verweisen, ist in diesem Zusammenhang ein wenig zu dünn. Auch die Rechtsaufsicht wird im Sozialausschuss des Landtages am Donnerstag einige zusätzliche Fragen beantworten müssen“, meinte Garg abschließend.

www.fdp-sh.de